

Editorial



Der Krisenkontinent Afrika bietet heute neue Chancen. Fortschritte in der Demokratie- und Menschenrechtsfrage sind in vielen Ländern erkennbar. Wirtschaftlich geht es in vielen Staaten bergauf. Der Ressourcenreichtum unseres Nachbarkontinents ist vielfach Ursache für steigende Wachstumsraten. Der Ressourcen hunger der Industriestaaten und der Schwellenländer stärkt das Interesse an diesem Kontinent. Darüber hinaus haben sich die westlichen Industrieländer im Rahmen der Millennium-Development-Ziele auf eine Steigerung unseres Engagements in Afrika zur Reduzierung von Armut und Unterstützung von Entwicklung verpflichtet.

Die durch den Handel mit den Industrieländern erworbenen Überschüsse ermöglichen es China heute, sich massiv in Afrika zu engagieren. Westlicher Kritik, dass durch das chinesische Engagement unsere Bemühungen zur Durchsetzung guter Regierungsführung unterlaufen werden, begegnen Afrikaner mit dem Hinweis, dass die Intensivierung der Handelsbeziehungen der westlichen Staaten mit China erst die Voraussetzung für Chinas Devisenreichtum geschaffen habe.

Vor diesem Hintergrund ist es für Europa an der Zeit, das Verhältnis zu Afrika neu zu bestimmen. Die Herausforderung für unseren Kontinent besteht darin, aus dem traditionellen Geber-Empfänger-Verhältnis auszubrechen und eine interessen geleitete Wertepartnerschaft mit Afrika aufzubauen, ohne dabei entwicklungspolitische Ziele aus den Augen zu verlieren. Die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 und die EU-Afrika-Strategie von 2005 spiegeln diese Herausforderungen wider und formulieren erste Antworten. Mit dem Afrika-EU-Gipfel am 8. und 9. Dezember in Lissabon und der geplanten Verabschiedung der gemeinsamen Afrika-EU-Strategie besteht nun die Chance, die Weichen für eine gemeinsame interessen geleitete Partnerschaft mit Afrika zu stellen.

Die EU-Afrika-Strategie von 2009 wurde von der afrikanischen Seite positiv bewertet. Die Betonung des partnerschaftlichen Ansatzes und die europäische Verpflichtung zum Ownership-Prinzip entsprach den afrikanischen Forderungen. Eine Schwäche war, dass aus afrikanischer Sicht die EU unilateral die strategischen Prioritäten bestimmt habe. Auf afrikanischen Vorschlag hin wurde daher 2005 in Bamako beschlossen, die Partnerschaft auf eine neue strategische Ebene zu heben und eine gemeinsame Strategie auszuarbeiten.

Zu den entwicklungspolitischen Zielsetzungen dieser neuen Strategie soll die Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Integration der afrikanischen

Union gehören, ebenso wie die Zusammenarbeit in globalen Fragen wie Klimawandel und Terrorismusbekämpfung. Auch die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure ist vorgesehen. Die Entstehung und die Bedeutung der Afrika-EU-Strategie veranschaulicht in dieser Ausgabe der Beitrag von Dr. Wolfram Vetter.

Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EU ist in den letzten Jahren umfangreich reformiert worden. Einen wesentlichen Unterschied zur Vergangenheit stellt der zunehmende Einsatz außen- und sicherheitspolitischer Instrumente dar, insbesondere die des politischen Dialoges sowie der zivilen und militärischen Instrumente, die beispielsweise in fragilen Staaten zur Anwendung kommen. Die Europäische Kommission setzt ihre Hilfsinstrumente flexibler ein als zuvor, wie dies beispielsweise die Friedensfazilität für Afrika, das Stabilitätsinstrument und die „Governance-Initiative“ aufzeigen.

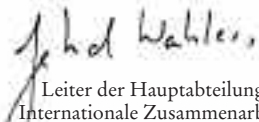
Wir müssen bei unseren Entwicklungsstrategien stärker den kulturellen und gesellschaftlichen Kontext berücksichtigen. Nach wie vor haben wir häufig zu schematische Vorstellungen der Übertragung unserer Modelle und berücksichtigen Kultur und Tradition nicht ausreichend.

Die EU-Politik ist nicht immer konsistent. Während wir den Chinesen vorwerfen, unsere Projekte zur Förderung von Guter Regierungsführung zu unterlaufen, subventionieren wir noch immer unsere Agrarprodukte und verkaufen sie zu Dumpingpreisen auf afrikanischen Märkten. Gegen die subventionierten Güter haben afrikanische Kleinbauern keine Chance, weder auf ihrem eigenen Kontinent noch auf dem Weltmarkt. Die EU hat gleichzeitig ihren Markt für viele Agrarprodukte abgeschottet.

Tatsächlich müssen in Afrika mehr Anreize für europäische Unternehmen und Investoren geschaffen werden. Unternehmer werden nur investieren, wenn diese Investitionen Gewinne versprechen. Die Politik muss dafür sorgen, dass die schwächsten Partner dabei nicht unter die Räder geraten. Die Afrikaner haben demgegenüber die Pflicht, durch die Verbesserung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen überhaupt die Voraussetzungen zu schaffen, damit Investitionen möglich werden. Die EU hat ein Auslaufen der Exportsubventionen bis 2013 in Aussicht gestellt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Doha-Runde zu einem Ergebnis kommt.

Ob Europäer und Afrikaner tatsächlich in der Lage sind, einen „Dialog auf gleicher Augenhöhe“ zu führen, wird sich auf dem Afrika-EU-Gipfel in Lissabon zeigen. Im Umgang mit dem simbabwischen Staatspräsidenten Mugabe wird sich herausstellen, ob die Staats- und Regierungschefs konfliktfähig und willens sind, diplomatische Überzeugungsarbeit zu leisten.

Insbesondere die in Lissabon anwesenden afrikanischen Staats- und Regierungschefs müssen die autoritären Führer auf ihrem Kontinent überzeugen, dass Gute Regierungsführung die Voraussetzung für Entwicklung ist. Die westlichen Staaten können nur unterstützen, Veränderungen müssen die afrikanischen Staaten mit eigenen Initiativen herbeiführen.


Leiter der Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit